



MediNetz Bremen

Pressemitteilung des MediNetz Bremen vom 27.03.2020 zur Schließung der Humanitären Sprechstunde des Gesundheitsamtes in der Corona-Krise

Seit dem 17.03.2020 ist die Humanitäre Sprechstunde der Stadt Bremen geschlossen. Das MediNetz Bremen zeigt sich entsetzt über diese Entscheidung des Gesundheitsamtes in der Corona-Krise. „Während in ganz Deutschland alles dafür getan wird die Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, ist sie hier in Bremen in der letzten Woche für eine bestimmte Personengruppe schon zusammen gebrochen. Das inmitten der Corona-Krise diese Anlaufstelle für Menschen ohne Papiere und nichtversicherte Migrant*innen nicht mehr öffnet ist ein Skandal!“, sagt Maren Janotta vom MediNetz. „Natürlich ist unsere Sprechstunde weiterhin besetzt und wir versuchen sie gerade noch mit einer Telefonsprechstunde auszuweiten.“ Trotzdem ist das MediNetz Bremen bei weitem nicht in der Lage die Versorgung der Menschen ohne Papiere in Bremen zu übernehmen. „Gerade in Zeiten einer Pandemie, aber auch sonst, ist es keine gute Idee, prekär lebenden Menschen ohne Krankenversicherung ihre letzten Behandlungsmöglichkeiten zu nehmen“, betont Dr. Vera Bergmeyer. „Die Menschen werden vom Gesundheitsamt weggeschickt und wissen nicht wohin. Die Beendigung der Behandlung von Bluthochdruck, Krampfanfalleiden, Schwangerschaftsvorsorge und vielem anderen wird in den folgenden Wochen zu zusätzlichen Notaufnahmen in den Kliniken führen. Das können wir dort gerade gar nicht brauchen!“ Die Schließung verdeutlicht die unsichere medizinische Versorgung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Das MediNetz fordert daher die Anonyme Gesundheitskarte (s. Koalitionsvertrag) jetzt umzusetzen. „Wir brauchen gerade jetzt schnelle und unbürokratische Lösungen, die es Menschen ermöglichen medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen“, meint Frauke Schukat vom MediNetz. „Gesundheit soll nicht nur für bestimmte Gruppen verfügbar sein. Daher unterstützen wir auch die Forderung von ‚Together we are Bremen‘ die Massenunterkunft für Geflüchtete in der Lindenstraße zu schließen und die Menschen, die dort wohnen dezentral unterzubringen.“